

Universität Hamburg

Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021

Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH

Katrin Brettfeld, Rebecca Endtricht, Diego Farren,
Jannik Fischer, Janosch Kleinschnittger, Peter Wetzels

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Im Rahmen des Monitorings politisch extremistischer Einstellungen im Kontext von MOTRA werden durch die UHH insgesamt drei Studien im Trenddesign durchgeführt, um gesellschaftliche Entwicklungen und deren Niederschlag in politischen Einstellungen zu analysieren. Zu nennen sind insoweit die seit 2021 jährlich stattfindenden repräsentativen Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung „Menschen in Deutschland“ (MiD), die seit 2022 stattfindende Befragung „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD), welche alle zwei Jahre wiederholt werden soll, und die seit November 2022 in Kooperation mit dem GIGA durchgeführten Online-Befragungen erwachsener Personen im Rahmen der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt), die in kurzfristigen Abständen von zwei bis drei Monaten regelmäßig wiederholt werden.

Die Ergebnisse der bislang im Rahmen dieser drei Studien durchgeführten Befragungen zeigen, dass die Verbreitung von eindeutig rechtsextremen Einstellungen sich zwischen 2021 und 2022 nicht signifikant verändert hat. Diesbezüglich ist von einem Potenzial von etwa 4 % eindeutig rechtsextrem eingestellter Personen in Deutschland auszugehen. Weiter erweist sich etwa ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung als offen für rechtsextreme Ideologien. Bei jungen Menschen liegen diese Raten mit 2.1 % eindeutig rechtsextrem eingestellten und 9.4 %, die offen für rechtsextremes Gedankengut sind, deutlich niedriger.

*Mit Blick auf die Verbreitung eindeutig islamistischer Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslim*innen hat es ebenfalls keine signifikanten Veränderungen seit 2021 gegeben. Unter den in Deutschland lebenden Muslim*innen ist 2022 ein entsprechendes Potenzial von etwa 8 % zu erkennen. Zunahmen hat es hier allerdings im Bereich derer gegeben, die sich als offen für islamistisches Gedankengut erweisen. Deren Anteil an der muslimischen Bevölkerung ist von etwa 20 % im Jahr 2021 auf etwa 26 % im Jahr 2022 angewachsen.*

Die entscheidenden Entwicklungen zwischen 2021 und 2022 sind erst bei einer ideologieübergreifenden Analyse von Einstellungen

zu grundlegenden Prinzipien der Demokratie zu erkennen. Hier ist 2022 im Vergleich zu 2021 eine deutliche Zunahme der Ablehnung wesentlicher Grundlagen einer demokratisch-rechtsstaatlichen Staatsorganisation zu finden, was zu einem signifikanten Anstieg der Demokratiedistanz von 14 % auf 16 % führt. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit einer ebenfalls nachweisbaren, deutlich erhöhten Verbreitung von Zweifeln an der Fähigkeit der Demokratie, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen tatsächlich bewältigen und die gegenwärtig erkennbaren Probleme lösen zu können. Insbesondere die Wahrnehmung vermehrter wirtschaftlicher Belastungen, die im unmittelbaren persönlichen Lebensbereich erlebt und für die nächste Zeit befürchtet werden, tragen zu einer erheblichen Skepsis mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der demokratischen Institutionen bei.

Die Erhebungen der Studie MiDInt aus April/Mai 2023 zeigen weiter, dass dies gegenwärtig bei etwa einem Drittel der Bevölkerung mit der Bereitschaft einhergeht, wesentliche Prinzipien einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie zugunsten stärker autoritärer Strukturen einzuschränken oder aufzugeben. Ähnliche Entwicklungen in Richtung auf wachsende autoritäre Tendenzen konnten auch in anderen Studien beobachtet werden. Solche Tendenzen einer zunehmenden Skepsis gegenüber der Demokratie und die damit verbundene erhöhte Autokratieakzeptanz sind als Vorstufen politisch extremistischer Einstellungen zu betrachten. Gerade hier sind früh einsetzende, gezielt die Risikogruppen erreichende Maßnahmen der Prävention und politischen Bildung erforderlich.

Stichworte

Einstellungsbefragung | Rechtsextremismus |
Islamismus | Demokratiedistanz | Autokratieakzeptanz



Einleitung

Innerhalb des MOTRA-Forschungsverbundes führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) regelmäßig wiederholte, deutschlandweit repräsentative Einstellungsbefragungen mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen durch. Auf diesem Wege sollen Erkenntnisse zur Verbreitung politisch extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland gewonnen, die dafür bedeutsamen Einflussfaktoren analysiert sowie deren etwaige Veränderungen über die Zeit dokumentiert werden.

Insgesamt sind in diese Forschungen drei Studienreihen integriert. Bei der ersten Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) handelt es sich um eine jährlich durchgeführte Befragung von etwa 4 000 Personen, die für die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland repräsentativ sind. Im Jahr 2022 wurde die zweite Welle dieser Studie erfolgreich abgeschlossen (zur Methodik vgl. Fischer et al., 2023). Die zweite Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) richtet ein spezielles Augenmerk auf die Lebenslagen, Erfahrungen und Einstellungen junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Dazu werden alle zwei Jahre etwa 3 000 junge Menschen befragt (vgl. Farren et al., 2022). Die hier erreichten Personen stellen eine repräsentative Stichprobe dieser Altersgruppe dar, die einen Wohnsitz in Deutschland haben. Die dritte Studie, „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt), wird seit Herbst 2022 durch die UHH in Kooperation mit dem German Institute for Global and Area Studies (GIGA) als gemeinschaftliches Kooperationsprojekt durchgeführt. Hier werden etwa alle zwei Monate jeweils 2 500 Personen ab 18 Jahren befragt. Der Schwerpunkt dieser Erhebungen liegt auf den Auswirkungen internationaler Ereignisse und Krisen auf Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland (siehe dazu auch Kleinschnittger et al. in diesem Band). Zugleich dienen sie der Entwicklung und Erprobung neuer Messinstrumente, die MiD und JuMiD ergänzen oder dort in späteren Erhebungen zum Einsatz kommen können (vgl. Richter et al., 2023).

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen zunächst Befunde zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen und der diesbezüglich feststellbaren Veränderungen, die auf den bisher vorliegenden zwei Wellen der Hauptstudie MiD basieren. Die Ergebnisse aus der zweiten Welle MiD 2022 werden anschließend kontrastiert mit entsprechenden Ergebnissen

aus der zeitgleich umgesetzten ersten Welle der Erhebung bei jungen Menschen (JuMiD). Schließlich wird – unter Verwendung der Daten aus den jüngsten MiDInt-Erhebungen aus dem Jahr 2023 – der Frage nachgegangen, welche Faktoren zur weiteren Erklärung der hier identifizierten Befunde beitragen können.

Zur Verbreitung von Rechtsextremismus, Islamismus und demokratiedistananten Einstellungen in der deutschen Wohnbevölkerung: Ergebnisse der Studien MiD 2021 und 2022

Extremismusaffine Einstellungen werden im Rahmen der MiD-Studien sowohl phänomenspezifisch – hier stehen Rechtsextremismus und Islamismus im Fokus – als auch phänomenübergreifend – in Form Demokratie ablehnender Haltungen – erhoben. Die Art der Erfassung erfolgte in beiden Wellen der MiD-Erhebungen auf die gleiche Weise, sodass Entwicklungen in diesen Phänomenbereichen aufgezeigt und analysiert werden können. Auf die Details des Erhebungsinstruments und der Erhebungsmethodik, auf das Stichprobendesign sowie die Rücklaufquoten wird hier nicht mehr im Einzelnen eingegangen. Dazu liegen ausführliche Berichte vor, auf die insoweit verwiesen wird (vgl. Brettfeld et al., 2021; Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023).

Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

Zur Messung rechtsextremer Einstellungen wurde – in Anlehnung an die Konsensdefinition (vgl. Decker et al., 2010, S. 18; siehe auch Decker et al., 2013) – eine Skala konstruiert, die aus sieben Subdimensionen besteht. Dieses Messinstrument kommt in ähnlicher Weise auch in anderen, vergleichbaren Studien zum Einsatz (vgl. Decker et al., 2022; Decker & Brähler, 2020; Decker & Brähler, 2018; Küpper et al., 2021; Zick et al., 2019, 2021, 2023). Zu jeder der den Befragten hierzu vorgelegten Aussagen konnte der Grad der Zustimmung auf einer 4-stufigen Likertskala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) angegeben werden. In der nachfolgenden Tabelle 1 werden die Zustimmungsraten (Prozent „stimme eher zu“ und „stimme völlig zu“) und Mittelwerte zu den einzelnen Items für beide Wellen der MiD-Erhebung dargestellt und signifikante Veränderungen benannt.

Tabelle 1

Erfassung rechtsextremer Einstellungen: Zustimmungsraten zu Einzelitems der Skala (in Prozent) und Mittelwerte 2021 und 2022 (MiD) (gewichtete Daten)

	Prozent Zustimmung			Mittelwerte		
	MiD 2021 ¹	MiD 2022	p	MiD 2021	MiD 2022	p
Ausländerfeindlichkeit						
<i>Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.</i>	38.7	33.0	***	2.20	2.05	***
Islamfeindlichkeit						
<i>Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.</i>	30.8	27.1	***	2.01	1.89	***
Antisemitismus						
<i>Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.</i>	8.7	8.8	n.s.	1.45	1.50	**
<i>Juden kann man nicht trauen.</i>	4.3	4.3	n.s.	1.25	1.29	***
Chauvinismus						
<i>Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.</i>	52.2	62.4	***	2.42	2.70	***
<i>Mein Volk ist anderen Völkern überlegen.</i>	6.9	7.8	n.s.	1.37	1.40	*
Sozialdarwinismus						
<i>Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.</i>	11.8	23.0	***	1.59	1.90	***
<i>Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben.</i>	13.7	15.6	*	1.44	1.45	n.s.
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur						
<i>Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.</i>	16.2	14.2	*	1.52	1.51	n.s.
Verharmlosung des Nationalsozialismus						
<i>Vieles, was über die national-sozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben.</i>	9.3	8.5	n.s.	1.40	1.34	***

¹ In beiden Items zum Antisemitismus ergeben sich für das Jahr 2021 Abweichungen zur Darstellung im MOTRA-Monitor 2021 um 0.1 Prozentpunkte. Diese gehen auf Rundungsdifferenzen im Rahmen der statistischen Prozeduren bei gewichteten Daten zurück.

Es findet sich hier eine recht weite Verbreitung *fremdenfeindlicher Ressentiments*: So stimmt im Jahr 2022 ein Drittel der Befragten der Aussage „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ eher oder völlig zu und etwas mehr als ein Viertel ist der Ansicht, dass Deutschland zu einem islamischen Land werden könnte. Im Vergleich zur Erhebung aus dem Vorjahr ist festzustellen, dass die Zustimmung zu solchen Ansichten in der Bevölkerung signifikant zurückgegangen ist: Mit Blick auf die oben angegebene ausländerfeindliche Aussage ist hier eine Verminderung um 4,3 Prozentpunkte zu erkennen. Die Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen – die insgesamt deutlich weniger verbreitet sind als Ausländer- oder Islamfeindlichkeit – hat sich im Vergleich der beiden Erhebungszeitpunkte kaum verändert (vgl. dazu auch Fischer & Wetzels, 2023). Für die Mittelwerte zeigt sich zwar ein signifikanter Unterschied, dieser bewegt sich jedoch im unteren Bereich der Skala und macht sich erst in der zweiten Nachkommastelle bemerkbar, während in den Zustimmungsraten keine Veränderungen erkennbar sind.²

Deutliche Zunahmen lassen sich jedoch in den Subdimensionen *Chauvinismus* und *Sozialdarwinismus* erkennen: Zwar stimmen nur sehr wenige Befragte der Aussage zu „*Mein Volk ist anderen Völkern überlegen*“ – im Jahr 2022 waren das 7.8 % und damit tendenziell mehr als im Jahr 2021 (6.9 %). Allerdings stimmen 62.4 % der Befragten im Jahr 2022 der Aussage zu, wonach „*wir ... endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl*“ haben sollten. Ein Jahr zuvor lag die Zustimmung zu dieser Aussage noch bei 52.2 %. Auch die eine Ellenbogenmentalität propagierende Aussage, wonach sich der Stärkere durchsetzen müsse, da es sonst keinen Fortschritt gebe, erfährt im Jahr 2022 mit 23.0 % eine fast doppelt so hohe Zustimmung wie im Jahr 2021 (11.8 %).

Aus diesen zehn Items wurde eine Gesamtskala gebildet. Sofern zur Erfassung von Subdimensionen mehrere Items eingesetzt wurden, wurde zunächst der Mittelwert der Subdimension bestimmt. So wurde sichergestellt, dass jede der sieben Subdimensionen mit gleichem Gewicht bei der Skalenbildung berücksichtigt wird.³ Der Mittelwert der Gesamtskala beträgt in beiden Erhebungswellen $MW = 1.70$ und unterscheidet sich insofern zwischen den Erhebungswellen nicht.

² Der Umstand, dass sich diese geringen Zuwächse dennoch als signifikant erweisen, ist schlicht der großen Stichprobe von über 4 000 Befragten pro Erhebungswelle geschuldet.

³ Die Skala erweist sich in beiden Erhebungsjahren als einfaktoriell mit knapp 50 % Varianzaufklärung und zufriedenstellender Reliabilität ($\alpha_{2021} = .82$; $\alpha_{2022} = .80$).

Vergleicht man verschiedene Teilgruppen der Befragten, so zeigen sich mit Blick auf Geschlecht und Bildung für die Gesamtskala in beiden Erhebungswellen die gleichen Effekte: Männer weisen geringfügig, aber signifikant höhere Mittelwerte auf als Frauen (2022: $MW_m = 1.74$; $MW_w = 1.67$; $t = -4.2$, $df = 4276$, $p < .001$) und Befragte mit Abitur liegen im Mittel deutlich unter den Befragten ohne ein Abitur (2022: $MW_{\text{Abit}} = 1.45$; $MW_{\text{kein Abi}} = 1.83$; $t = 23.4$, $df = 4209$, $p < .001$). Zwischen den Erhebungswellen finden sich bezüglich beider Faktoren keine signifikanten Veränderungen.

Etwas anders gestaltet sich dies mit Blick auf das Alter. Zwar gilt auch im Jahr 2022 noch, dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen mit zunehmendem Alter steigt. Allerdings zeigt der Vergleich der Erhebungsjahre eine Annäherung der Altersgruppen: Während in der Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen rechtsextreme Einstellungen leicht, aber signifikant zunehmen (von $MW = 1.58$ auf $MW = 1.63$) und sich in der mittleren Altersgruppe der 40 bis unter 60-Jährigen keine relevanten Veränderungen ergeben (2021: $MW = 1.65$; 2022: $MW = 1.68$), ist der Mittelwert rechtsextremer Einstellungen bei den ab 60-Jährigen von $MW = 1.85$ auf $MW = 1.79$ leicht, aber signifikant gesunken.

Eine ähnliche Entwicklung findet sich für den Ost-West-Vergleich: Bei Befragten aus Westdeutschland ergibt der Vergleich der Erhebungswellen keine signifikanten Veränderungen (2021: $MW = 1.67$; 2022: $MW = 1.68$); bei Befragten aus Ostdeutschland ist hingegen ein signifikanter Rückgang (2021: $MW = 1.83$; 2022: $MW = 1.78$) festzustellen. Damit ist das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen zwar auch im Jahr 2022 im Osten der Republik noch stärker als im Westen, jedoch nicht mehr ganz so ausgeprägt, wie noch im Jahr 2021.

Zur Einschätzung des Umfangs der Risikogruppe von Personen mit rechtsextremen Einstellungen wurde ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, der es gestattet, das Vorliegen (a) eines geschlossen rechten Weltbildes im Sinne manifest rechtsextremer Einstellungen, (b) einer gewissen Offenheit für rechte Ideologien im Sinne einer nicht eindeutigen Ablehnung rechtsextremer Positionen, sondern ihrer partiellen Akzeptanz, und (c) die klare Ablehnung solcher rechtsextremer Einstellungen zu unterscheiden und deren Verbreitungsgrade darzustellen. Befragte, die auf der kontinuierlichen Skala einen Mittelwert von maximal 2.0 aufweisen,

wurden als rechtsextreme Einstellungen *ablehnend* eingestuft; Personen die Werte oberhalb von 2 bis maximal 2.8 aufweisen – die also im mittleren Bereich der Skala zu verorten sind –, wurden als *offen für rechte Ideologien* bezeichnet, und jene Befragte, die auf der Skala Werte über 2.8 aufweisen, wurden als Personen mit eindeutig *rechtsextremen Einstellungen* eingestuft (für Einzelheiten zur Bildung dieses Indikators und zur Vergleichbarkeit mit anderen Studien vgl. Wetzels et al., 2022a).

Der Anteil der Befragten, die rechtsextremes Gedankengut in diesem Sinne klar ablehnen, hat sich zwischen 2021 und 2022 von 73.3 % auf 74.6 % etwas erhöht. Demgegenüber haben sich die Raten jener, die offen für rechte Ideologien sind (2021: 21.8 %; 2022: 21.2 %) und derer, die eindeutig rechtsextreme Positionen vertreten (2021: 4.9 %; 2022: 4.2 %), jeweils leicht verringert. Diese Veränderungen sind jedoch statistisch nicht signifikant. Damit sind trotz vielfach beschworener Krisen und Zunahmen im Bereich von Belastungen Anstiege des manifesten Rechtsextremismus 2022 im Vergleich zu 2021 nicht zu erkennen. Dies steht auch im Einklang mit Befunden anderer Studien (vgl. Decker et al., 2022, S. 53).

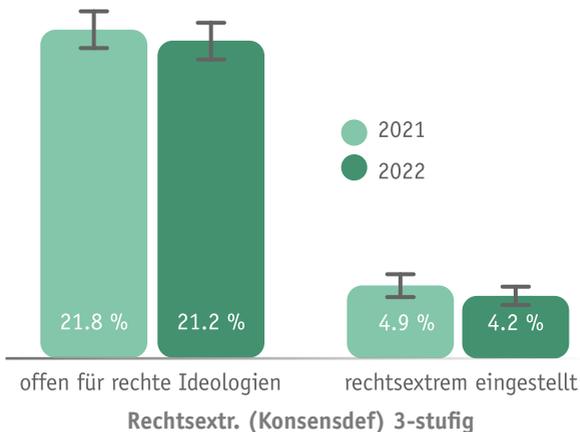


Abbildung 1: Prävalenzraten rechtsextremer Einstellungen und der Offenheit für rechte Ideologien 2021 und 2022 (MiD)

Im Jahr 2022 weisen Männer signifikant höhere Raten rechtsextremer Einstellungen auf als Frauen (Männer: 5.1 %; Frauen 3.1 %; $\chi^2 = 13.1$; $df = 2$; $p < .001$) und sind tendenziell auch offener für rechte Ideologien (Männer: 21.7 %; Frauen 20.1 %).

Auch die im Vorjahr bereits bestehenden Unterschiede zwischen den Altersgruppen finden sich im Jahr 2022 erneut: Rechtsextreme Einstellungen sind bei Befragten im Alter von über 60 Jahren (6.4 %) am häufigsten. In der jüngsten Altersgruppe (18 bis unter 40-J.) ist diese Rate mit 3.2 % nur halb so hoch ($\chi^2 = 41.8$; $df = 2$; $p < .001$).

Die oben bereits auf Basis der Mittelwertskala festgestellt Annäherung der Altersgruppen zeigt sich auch bei Verwendung des kategorialen Indikators. Insbesondere für die stark belastete Gruppe der älteren Befragten ab 60 Jahre zeigen sich deutliche Rückgänge: Der Anteil derer, die offen für rechte Ideologien sind sank von 26.7 % auf 23.4 % und die Rate der eindeutig rechtsextrem eingestellten sank von 9.5 % auf 6.4 %.

In Ostdeutschland zeigen sich etwas stärkere Rückgänge rechtsextremer Einstellungen in Westdeutschland, wo die Situation nahezu unverändert blieb: So sank die Rate der Befragten, die offen für rechtes Gedankengut sind, im Osten von 27.7 % auf 25.5 % (West von 20.4 % auf 20.1 %) und die Rate der rechtsextrem Eingestellten von 7.9 % auf 5.3 % (West von 4.1 % auf 4.0 %).

*Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen unter in Deutschland lebenden Muslim*innen*

Zur Messung islamismusaffiner Einstellungen wurden insgesamt acht Aussagen verwendet. Diese betreffen zum einen die *Bereitschaft, religiöse Vorstellungen und Regeln zur Grundlage der politischen Verfasstheit des Staates zu machen*, das heißt anstelle einer Demokratie eine Form der Theokratie zu schaffen. Um diese Dimension zu erfassen, wurden den Befragten vier Items mit der Bitte vorgelegt, auf einer 4-stufigen Likertskala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) das Ausmaß ihrer Zustimmung anzugeben. Über weitere drei Items wurde zum anderen das Ausmaß der *Intoleranz gegenüber Andersdenkenden* in Form der Abwertung anderer, nicht islamischer Religionen und Gesellschaften erfasst. Das achte und letzte Item schließlich misst eine pauschal *übersteigerte Aufwertung des Islam* (zur Definition islamistischer Einstellungen vgl. Wetzels et al., 2022b).

Tabelle 2

Islamismusaffine Einstellungen unter in Deutschland lebenden Muslim*innen:
Zustimmung in Prozent und Mittelwerte zu den Einzelitems 2021 und 2022
(nur Personen mit islamischer Religionszugehörigkeit, gewichtete Daten)

	Prozent Zustimmung			Mittelwerte		
	MiD 2021 ⁴	MiD 2022	p	MiD 2021	MiD 2022	p
Verhältnis Religion – Politik						
<i>Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform.</i>	18.8	17.5	n.s.	1.70	1.68	n.s.
<i>Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.</i>	26.1	24.1	n.s.	1.90	1.88	n.s.
<i>Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden.</i>	14.5	13.0	n.s.	1.61	1.62	n.s.
<i>Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland.</i>	8.8	8.7	n.s.	1.42	1.43	n.s.
Intoleranz						
<i>In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern.</i>	23.3	23.9	n.s.	1.86	1.95	*
<i>Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.</i>	30.8	35.5	*	2.02	2.19	***
<i>Juden kann man nicht trauen.</i>	12.6	17.3	***	1.61	1.71	**
Aufwertung des Islam						
<i>Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.</i>	31.7	36.7	**	2.06	2.19	**

Im Hinblick auf die Aussagen, die das Verhältnis Religion und Politik betreffen, hat es zwischen 2021 und 2022 keine signifikanten Veränderungen gegeben. So stimmen 17.5 % im Jahr 2022 der Aussage zu, dass ein islamischer Gottesstaat die beste Staatsform sei; 24.1 % erklären, dass ihnen die Regeln des Koran wichtiger seien als die Gesetze in Deutschland. 13 % sind 2022 der Ansicht, dass die deutsche Gesellschaft stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden sollte und 8.7 % finden einen

⁴ In den Items 1, 5 und 8 ergeben sich für das Jahr 2021 Abweichungen zur Darstellung im MOTRA-Monitor 2021 um 0.1 Prozentpunkte. Diese gehen auf Rundungsdifferenzen im Rahmen der statistischen Prozeduren bei gewichteten Daten zurück.

durch einen Rat unterstützten religiösen Führer besser, als das demokratische System in Deutschland.

Zunahmen finden sich hingegen bei den Aussagen, die eine intolerante Einstellung im Sinne einer pauschalen Abwertung der Moral westlicher Gesellschaften oder der christlichen Religion zum Ausdruck bringen: Im Jahr 2022 stimmen 35.5 % der Aussage zu, die Sexualmoral in westlichen Gesellschaften sei völlig verkommen, was einer – signifikanten – Zunahme um 4.7 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Weitere 23.9 % stimmen der Aussage zu, dass christliche Religionen nicht in der Lage seien, die Moral zu sichern. Hier zeigt sich eine geringe, nicht signifikante Erhöhung des Anteils der Befragten, die diese Meinung vertreten. Ein relativ starker, statistisch signifikanter Anstieg zeigt sich im Bereich antisemitischer Einstellungen. Hier stieg die Zustimmung zu dem Item „Juden kann man nicht trauen“ um fast fünf Prozentpunkte von 12.6 % auf 17.3 %.

Die größte Zustimmung (36.7 % im Jahr 2022) äußern die Befragten mit Blick auf eine pauschale Aufwertung des Islam; hier findet sich auch der höchste Anstieg der Zustimmungsraten im Vergleich zu 2021 (fünf Prozentpunkte).

Die aus diesen acht Items gebildete Mittelwertskala⁵ weist für das Jahr 2022 einen Wert von MW = 1.83 auf. Dieser liegt geringfügig über dem Wert des Jahres 2021 (2021: MW = 1.77; $t = -2.0$; $df = 2354$; $p < .05$), bleibt aber weiterhin unterhalb des absoluten Skalenmittelpunkts von 2.5, das heißt im Bereich einer weit überwiegenden Ablehnung islamismusaffiner Aussagen.

Zwischen Männern und Frauen lassen sich keine relevanten Unterschiede im Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen erkennen. Auch der leichte Anstieg des Mittelwertes findet sich für beide. Ähnlich wie bereits 2021 zeigt sich auch 2022, dass Muslim*innen mit höherer Bildung (Abitur) signifikant seltener islamismusaffine Einstellungen vertreten als Personen mit geringerer Bildung.

Das für die rechtsextremen Einstellungen gezeigte „Zusammenrücken“ der Altersgruppen zeigt sich auch bei den muslimischen Befragten, hier aber mit einem anderen Vorzeichen. Anders als bei den rechtsextremen

⁵ Die Skala erweist sich für beide Jahre jeweils als einfaktoriell und klärt 53 % bzw. 52 % der Varianz auf. Die Reliabilität der Skala ist in beiden Wellen mit $\alpha = .87$ als gut zu bezeichnen.

Einstellungen wurde bereits 2021 festgestellt, dass sich die höchsten Ausprägungen islamismusaffiner Einstellungen in den jüngeren Altersgruppen finden lassen. Dies ist auch im Jahr 2022 so. Während sich allerdings das Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen in der Gruppe der unter 40-jährigen Befragten kaum verändert hat (2021: MW = 1.86; 2022: MW = 1.89; $p=n.s.$), hat sich der Mittelwert bei den 40 bis unter 60-Jährigen signifikant erhöht (2021: MW = 1.70; 2022: MW = 1.77; $p<.05$) und ist in der Gruppe der älteren Befragten ab 60 Jahre deutlich von MW = 1.50 im Jahr 2021 auf MW = 1.71 im Jahr 2022 angestiegen ($p<.01$). Mit Blick auf die islamismusaffinen Einstellungen findet sich also bei den bisher wenig Belasteten (über 60-Jährigen) eine Zunahme, während für rechtsextreme Einstellungen gilt, dass sich in der am stärksten belasteten Altersgruppe (dies sind dort die ab 60-Jährigen) Rückgänge finden. Dies führt in beiden Phänomenbereichen zu einer Angleichung der Altersgruppen und damit zu einer Reduktion des Alterseffektes.

Eine interessante Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich auch bei Betrachtung des Wohnortes der Befragten: Im Jahr 2021 war der Mittelwert islamismusaffiner Einstellungen bei Muslim*innen aus Ostdeutschland mit MW = 1.97 noch deutlich und signifikant höher als bei den aus Westdeutschland stammenden Muslim*innen (MW = 1.75). Im Jahr 2022 lässt sich dieser Unterschied so nicht mehr nachweisen. Nun weisen die Muslim*innen in Westdeutschland – nach einer signifikanten Zunahme der Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen – mit MW = 1.84 tendenziell sogar einen etwas höheren Mittelwert auf als die Muslim*innen in Ostdeutschland (MW = 1.76), für die sich eine relativ starke signifikante Abnahme solcher Einstellungen im Vergleich zum Vorjahr nachweisen lässt.

Auch für diesen Phänomenbereich wurde auf Basis der kontinuierlichen Skala ein kategorialer Indikator gebildet, um das Potenzial der Personen mit islamismusaffinen Einstellungen unter den in Deutschland lebenden Muslim*innen abschätzen zu können. Die Bestimmung dieses kategorialen Indikators erfolgte in gleicher Weise wie auch im Falle der rechtsextremen Einstellungen: Personen mit einem Wert von 2.0 oder kleiner auf der kontinuierlichen Skala werden als *nicht islamismusaffin* eingestuft. Befragte, die einen Wert größer 2.0 bis einschließlich 2.8 aufweisen, werden als *offen für Islamismus* eingeordnet, und Befragte, die einen Wert über 2.8 aufweisen, werden als solche mit *islamistischen Einstellungen* bezeichnet.

Die für die Mittelwertskala erkennbaren Veränderungen zwischen 2021 und 2022 lassen sich auch bei Verwendung des kategorialen Indikators nachweisen. Sie betreffen aber, wie sich hier deutlich zeigt, gerade nicht die besonders problematische Gruppe der eindeutig islamistisch eingestellten Personen, sondern beziehen sich ausschließlich auf Anstiege in der Kategorie der Offenheit für islamistisches Denken.

Während im Jahr 2021 noch 9.3 % der Befragten als islamistisch eingestuft wurden, betraf dies im Jahr 2022 nur 8.2 %. Dieser leichte Rückgang erweist sich jedoch statistisch als nicht signifikant. Mit Blick auf die Grundgesamtheit der Muslim*innen ist insoweit beim gegenwärtigen Kenntnisstand von Konstanz auszugehen.

Allerdings ist bei den in Deutschland lebenden Muslim*innen eine zunehmende Offenheit für islamistische Ideologien zu beobachten. So betrug im Jahr 2021 der Anteil der in diesem Sinne als offen – oder anfällig – für islamistisches Gedankengut klassifizierten Muslim*innen mit 20.0 % genau ein Fünftel. Im Jahr 2022 liegt diese Rate mit 26.1 % jedoch erheblich höher. Diese Zunahme erweist sich auch als signifikant ($\chi^2 = 12.6$; $df = 2$, $p < .01$).

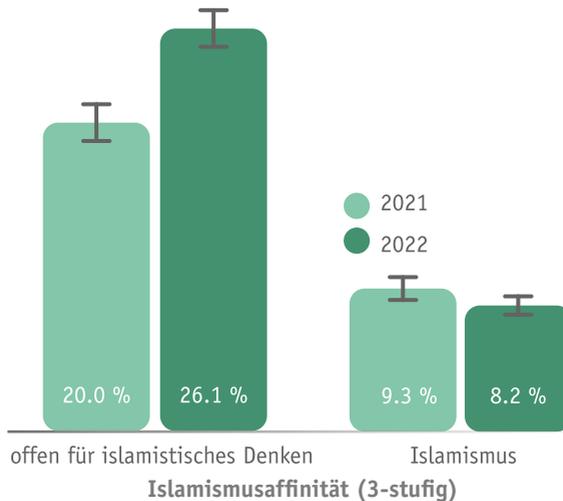


Abbildung 2: Prävalenzraten islamismusaffiner Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslim*innen 2021 und 2022 (Mid) (gewichtete Daten, nur Muslim*innen)

Die Zunahme einer Offenheit für islamistisches Denken findet sich über alle Altersgruppen hinweg, sie fällt jedoch in der Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen mit einem Anstieg von 17.1 % (2021) auf 27.9 % (2022) am stärksten aus. Demgegenüber ist die Rate der eindeutig islamistisch Eingestellten bei den unter 40-Jährigen und jenen zwischen 40 und unter 60 Jahren gesunken: Bei den unter 40-Jährigen von 13.0 % auf 10.8 % und bei den 40- bis unter 60-Jährigen von 6.1 % auf 4.6 %.

Bezogen auf den Ost-West-Vergleich ist festzustellen, dass sich der Anteil eindeutig islamistisch eingestellter Muslim*innen in Westdeutschland zwischen den Erhebungen nur geringfügig verringert hat (2021: 8.6 %; 2022: 8.4 %), während sich bei den Muslim*innen in Ostdeutschland hier eine sehr starke Reduzierung um fast zehn Prozentpunkte findet (2021: 16.2 %; 2022: 6.8 %).

Die für die Gesamtstichprobe der Muslim*innen berichtete Zunahme einer Offenheit gegenüber islamistischen Ideologien zeigt sich ausschließlich bei den in Westdeutschland lebenden Muslim*innen. Hier stieg diese Rate von 19.2 % auf 26.9 % ganz erheblich. Bei den Muslim*innen in Ostdeutschland ist ein gegenteiliger Trend zu beobachten: In Ostdeutschland verringerte sich nicht nur der Anteil eindeutig islamistisch Eingestellter, sondern ebenfalls die Rate derer, die als offen für islamistisches Denken eingestuft wurden (von 26.2 % im Jahr 2021 auf 19.7 % im Jahr 2022).

Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen

Neben den phänomenspezifischen Erfassungen politisch extremistischer Einstellungen in Form von Rechtsextremismus und Islamismus wurde in beiden Wellen der MiD-Studie auch phänomenübergreifend erfasst, in welchem Ausmaß die Befragten den Grundprinzipien eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates ablehnend gegenüberstehen. Zur Erfassung solcher Einstellungen wurde eine Skala entwickelt, die aus drei Subdimensionen besteht und Aussagen zu demokratischen Freiheitsrechten, zu fundamentalen Gleichheitsrechten sowie zu demokratischen Prinzipien der konstitutionellen Verfasstheit eines demokratischen Rechtsstaates enthält. Jede der drei Subdimensionen wurde über vier Aussagen abgebildet, zu denen die Befragten den Grad ihrer Zustimmung (von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) angeben sollten.

Die hier erhobenen basalen *Freiheitsrechte* erfahren eine durchweg hohe Zustimmung. Dies gilt insbesondere für die Presse- und Meinungsfreiheit. Im Jahr 2022 stimmten etwa 95 % der Befragten den diesbezüglichen Aussagen zu und damit nochmals etwas mehr als im Jahr 2021. Gleichzeitig sprachen sich 11.2 % für ein Verbot von Streiks und Demonstrationen aus (vgl. Tabelle 3).

Sehr deutlich fällt auch die Zustimmung zu fundamentalen *Gleichheitsrechten* aus. Eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen – hier gemessen mit Bezug zum Arbeitslohn – und von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe bejahen mehr als 95 % der Befragten. Etwas geringer sind hingegen die Raten, sofern die Gleichbehandlung von Ausländer*innen und Einheimischen oder von Muslim*innen und Angehörigen anderer Religionen thematisiert wird. Gleichwohl stimmen auch bei diesen Themen mindestens 85 % der Befragten für eine Gleichstellung.

Deutlich anders stellt sich das Bild mit Blick auf jene Aussagen dar, die *Grundlagen der demokratischen Staatsverfassung* beinhalten: So stimmen 31.9 % im Jahr 2022 der Aussage zu, dass ein Gericht Entscheidungen des Parlaments nicht aufheben dürfe, womit letztlich das Prinzip der Gewaltenteilung von knapp einem Drittel der Befragten abgelehnt wird. Auch in den anderen Aussagen enthaltene grundlegende demokratische Prinzipien wie das Recht auf Opposition, Durchführung regelmäßiger Wahlen oder die Kontrolle der Exekutive durch das Parlament werden jeweils von einem Fünftel der Befragten eher oder völlig abgelehnt. Für all diese Aussagen finden sich zudem recht starke Anstiege im Vergleich zum Vorjahr, die zwischen vier und sieben Prozentpunkten liegen.

Tabelle 3

Erfassung demokratiedistanter Einstellungen: Zustimmungsraten zu den Einzelitems in % und Mittelwerte 2021 und 2022 (MiD) (gewichtete Daten)

	Prozent Zustimmung			Mittelwerte		
	MiD 2021 ⁶	MiD 2022	p	MiD 2021	MiD 2022	p
Demokratische Freiheitsrechte						
<i>Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.*</i>	85.8	90.2	***	3.33	3.42	***
<i>Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden.</i>	11.3	11.2	n.s.	1.63	1.60	n.s.
<i>Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden.*</i>	93.9	95.0	*	3.65	3.66	n.s.
<i>Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern.*</i>	90.6	94.8	***	3.49	3.54	***
Konstitutionelle Verfasstheit						
<i>Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen.</i>	15.2	20.9	***	1.64	1.85	***
<i>Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten.</i>	16.7	20.6	***	1.62	1.75	***
<i>Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden.</i>	25.7	31.9	***	1.91	2.11	***
<i>Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.</i>	14.4	22.0	***	1.72	1.92	***
Gleichheitsrechte						
<i>Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden.*</i>	95.7	95.9	n.s.	3.79	3.80	n.s.
<i>Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten.*</i>	98.4	98.7	n.s.	3.85	3.89	***
<i>Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische.*</i>	88.7	87.6	n.s.	3.51	3.46	***
<i>Muslimen müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen.*</i>	84.7	85.0	n.s.	3.39	3.36	n.s.

Anmerkung: Die mit * gekennzeichneten Items werden bei der Skalenbildung invertiert.

⁶ Im letzten Item der Gleichheitsrechte ergibt sich für das Jahr 2021 eine Abweichung zur Darstellung im MOTRA-Monitor 2021 um 0.1 Prozentpunkt. Dies geht auf Rundungsdifferenzen im Rahmen der statistischen Prozeduren bei gewichteten Daten zurück.

In einer auf Basis dieser Items gebildeten kontinuierlichen Gesamtskala der Demokratiedistanz weisen Frauen im Jahr 2022 – wie auch schon im Jahr 2021 – einen etwas höheren Mittelwert ($MW = 1.60$) auf als Männer ($MW = 1.58$). In beiden Teilgruppen ist auch die eben beschriebene leichte Zunahme demokratiedistanter Einstellungen zu beobachten. Weiter zeigt sich, dass Befragte der Altersgruppe 60 Jahre und älter mit $MW = 1.69$ signifikant höhere Werte aufweisen ($F = 73.4$; $df = 4223,2$; $p < .001$) als die Gruppe der unter 40-Jährigen ($MW = 1.53$) und die Befragten zwischen 40 und 60 Jahren ($MW = 1.54$), die sich untereinander – anders als noch 2021 – im Jahr 2022 nicht mehr unterscheiden. Diese Annäherung der Altersgruppen basiert darauf, dass Zunahmen demokratiedistanter Einstellungen vor allem in den unteren Altersgruppen festzustellen sind, während sich bei den über 60-Jährigen nur eine marginale und nicht signifikante Zunahme zeigt.

Bei Befragten ohne Abitur ($MW = 1.67$) liegt der Mittelwert demokratiedistanter Einstellungen im Jahr 2022 deutlich über dem der Abiturienten ($MW = 1.38$; $t = 36.2$; $df = 7778.3$; $p < .001$). Allerdings zeigt sich auch hier, dass der Zuwachs bei Befragten mit Abitur stärker ausfällt als bei jenen ohne Abitur. Schließlich ist – ähnlich wie 2021 – festzustellen, dass Befragte aus dem Osten Deutschlands auch 2022 stärker ausgeprägte demokratiedistante Einstellungen zeigen ($MW = 1.65$) als Befragte aus Westdeutschland ($MW = 1.58$; $t = -5.1$; $df = 1301.5$; $p < .001$). Vergleicht man die Entwicklung zwischen 2021 und 2022, wird jedoch deutlich, dass signifikante Zunahmen nur für Westdeutschland zu beobachten sind; der Mittelwert für Befragte aus Ostdeutschland hat sich zwischen den Wellen nicht signifikant verändert.

Zur Einschätzung des Potenzials demokratiedistanter Einstellungen wurde auch für diese Variable ein kategorialer Indikator der Demokratiedistanz gebildet. Dieser basiert auf der Kombination der Angaben der Befragten in den drei Subdimensionen: *Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte*, *Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit des Staates* sowie *Ablehnung von Gleichheitsrechten*. Sofern in einer der für jede der drei Subdimensionen gebildeten Subskalen ein Wert über dem absoluten Skalenmittelpunkt (>2.5) erreicht wurde, wurde die jeweilige Person als demokratiedistant eingestuft.

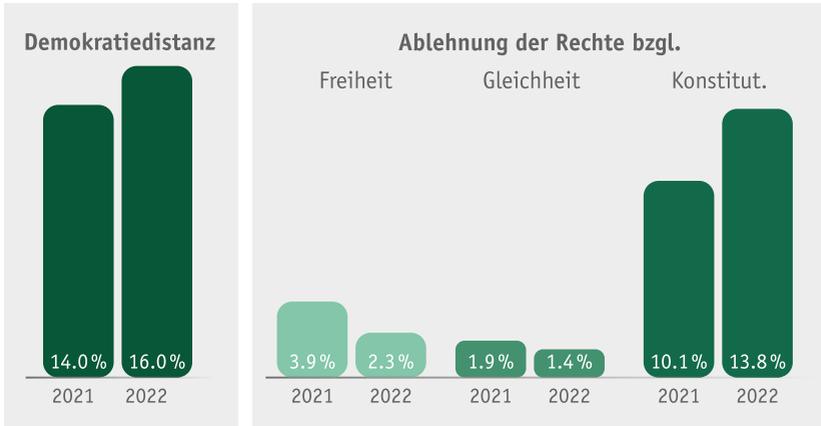


Abbildung 3: Demokratiedistanz Einstellungen 2021 und 2022 (MiD 2021 und MiD 2022; gewichtete Daten)

Im Ergebnis zeigt sich zum einen, dass sich die Rate der auf diese Weise als demokratiedistanz eingestuften Befragten zwischen 2021 und 2022 von 14,0 % auf 16,0 % erhöht hat ($\chi^2 = 6,7$, $df = 1$; $p < .01$). Gleichzeitig ist Abbildung 3 aber auch zu entnehmen, dass diese Zunahme nicht auf eine vermehrte Ablehnung von Freiheits- oder Gleichheitsrechten zurückzuführen ist. In diesen beiden Subdimensionen sind sogar Rückgänge ablehnender Einstellungen zu beobachten. Der Anstieg der Demokratiedistanz geht allein auf eine gestiegene Ablehnung konstitutioneller Prinzipien der demokratischen Verfasstheit des Staates zurück: Hier findet sich eine signifikante Zunahme ablehnender Positionen um 3,7 Prozentpunkte zwischen den beiden Erhebungswellen.

Betrachtet man die Raten demokratiedistanzter Einstellungen im Jahr 2022, zeigt sich, dass diese bei Frauen – ähnlich wie das bereits für die kontinuierliche Skala festgestellt wurde – signifikant höher ausfallen als bei Männern (Frauen: 17,3 %; Männer: 14,5 %; $\chi^2 = 6,4$, $df = 1$; $p < .05$). In beiden Teilgruppen findet sich im Vergleich der Erhebungswellen ein Anstieg der Demokratiedistanz, der bei den Frauen jedoch mit 3,2 Prozentpunkten deutlich höher ausfällt als bei Männern, wo dieser Anstieg nur 0,7 Prozentpunkte beträgt.

Besonders auffällig ist in dieser Hinsicht die Altersgruppe der ab 60-Jährigen. Bei diesen findet sich im Jahr 2022 mit 22.4 % ein deutlich höherer Anteil demokratiedistant Eingestellter als bei den jüngeren Altersgruppen (unter 40 J.: 12.6 %, 40 bis unter 60 J.: 11.6 %, $\chi^2 = 76.5$, $df = 2$; $p < .001$). Dieser Befund ist mit dem aus dem Vorjahr vergleichbar. Allerdings weisen die jüngeren Befragten auch bei Betrachtung des kategorialen Indikators die größten Anstiege auf (2.4 Prozentpunkte in der Altersgruppe der unter 40-Jährigen).

Eine vergleichbar hohe Rate weisen auch Personen ohne Abitur auf (21.9 %), die sich deutlich von den Befragten mit Abitur (5.1 %) unterscheiden ($\chi^2 = 210.0$, $df = 1$; $p < .001$). Bei Letzteren ist auch nur ein sehr geringer Zuwachs (0.3 Prozentpunkte) zwischen den Erhebungswellen zu beobachten, während die Befragten ohne Abitur einen Zuwachs um 3.1 Prozentpunkte zeigen.

Keine signifikanten Unterschiede finden sich hingegen zwischen Befragten aus West- und Ostdeutschland (West: 15.6 %; Ost: 17.4 %, $p = n.s.$). Auch dieser Befund hat sich insoweit gegenüber der ersten Welle aus dem Jahr 2021 nicht verändert: In beiden Teilen Deutschlands kommt es zu Anstiegen der Demokratiedistanz.

Ergebnisse der Studie JuMiD 2022 zur Verbreitung rechtsextremer und demokratiedistanter Einstellungen bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland

Parallel zu den Erhebungen der Studie MiD 2022 fanden auch die Erhebungen der Studie JuMiD statt, die sich speziell an junge Menschen wendet. Befragt wurden $N = 3\,590$ Personen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (zur Methodik und den spezifischen Inhalten dieser Untersuchung vgl. Farren et al., 2022). Neben jugendspezifischen Themen und der Wahrnehmung und Bewertung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und darauf gerichteter Maßnahmen wurde auch in der JuMiD-Studie die Verbreitung rechtsextremer und demokratiedistanter Einstellungen erhoben.

Bei der Erfassung rechtsextremer Einstellungen wurden die sieben Subdimensionen durch jeweils ein Item erfasst, die Skala ist insofern im Vergleich zu MiD abgekürzt. Zwei der in diese Skala eingehenden Items wurden ausgetauscht.⁷ Die weitere Bildung der kontinuierlichen Skala sowie des kategorialen Indikators erfolgte in derselben Weise wie auch in den MiD-Studien (zu Einzelheiten vgl. Farren et al., 2022, 2023).

Der Mittelwert der kontinuierlichen Skala rechtsextremer Einstellungen lag in der JuMiD-Studie des Jahres 2022 bei $MW = 1.49$ und damit deutlich niedriger als in der MiD-Studie des Jahres 2022. Dies korrespondiert mit Befunden der MiD-Studien, wonach rechtsextreme Einstellungen vor allem bei den älteren Befragten – in der Altersgruppe der 60-Jährigen und älter – weiter verbreitet sind als bei jungen.

Bei Verwendung eines dreistufigen kategorialen Indikators zeigt sich, dass von den jungen Befragten der JuMiD-Studie lediglich 2.1 % eindeutig rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Weitere 9.4 % erweisen sich als offen für rechte Ideologien. Damit ist Rechtsextremismus unter jungen Menschen in Deutschland auf einem deutlich niedrigeren Niveau zu verzeichnen, als das bei älteren Erwachsenen der Fall ist. Das findet sich in ähnlicher Form auch in anderen vergleichbaren Studien (vgl. Zick et al., 2023).

Ähnlich wie in der MiD-Studie weisen junge Männer auch in der JuMiD-Erhebung signifikant höhere Raten auf als die jungen Frauen: So beträgt die Rate eindeutig rechtsextrem Eingestellter bei den jungen Männern 3.1 % und bei jungen Frauen nur 1.0 %. Auch mit Blick auf jene, die als offen für rechte Ideologien eingestuft wurden, finden sich vergleichbare Differenzen. Hier betragen die entsprechenden Raten bei jungen Männern 10.7 %, bei jungen Frauen 8.1 % ($\chi^2 = 27.1$; $df = 1$; $p < .001$).

⁷ Anstelle des Items „Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben“, das die Dimension Verharmlosung des Nationalsozialismus in den MiD-Studien repräsentiert, wurde in der JuMiD-Studie das ebenfalls in vergleichbaren Studien häufig eingesetzte Item „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ verwendet. Anstelle des Items „Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ aus der Dimension Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur kam das Item „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ zum Einsatz.

Deutlich stärker ist der Effekt der Bildung: Unter den jungen Menschen mit Abitur⁸ finden sich nur 1.1 % mit eindeutig rechten Einstellungen und 5.7 %, die offen für solche Einstellungen sind. Bei den jungen Befragten ohne Abitur betragen diese Raten 4.7 % (rechtsextreme Einstellungen) und 18.4 % (offen für rechte Ideologien, $\chi^2 = 195.5$; $df = 2$; $p < .001$).

Ähnlich wie in der MiD-Studie, lassen sich auch in der JuMiD-Studie Unterschiede zwischen Befragten aus West- und Ostdeutschland feststellen. Demnach sind die entsprechenden Raten in Ostdeutschland leicht – aber statistisch signifikant – erhöht: Eindeutig rechte Einstellungen haben 3.2 % der Befragten aus Ostdeutschland gegenüber 1.9 % bei Personen aus Westdeutschland. Bezogen auf die Offenheit für rechte Ideologien finden sich gleichfalls signifikante Differenzen (Ost: 11.3 %; West: 9.0 %, $\chi^2 = 7.5$; $df = 2$; $p < .05$).

Zur Erhebung *demokratiedistanter Einstellungen* wurden exakt die gleichen Fragen verwendet, wie sie in den MiD-Studien zum Einsatz kamen. Auch die Bildung der Mittelwertskala sowie des kategorialen Indikators folgte den Vorgaben der MiD-Studie.

Der Mittelwert der kontinuierlichen Skala beträgt in der JuMiD-Studie $MW = 1.53$ und liegt unterhalb des Mittelwertes der MiD-Erhebung des gleichen Jahres, entspricht jedoch exakt dem Wert, der in der MiD-Erhebung des Jahres 2022 für die jüngste Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen festgestellt wurde.

Auch unter Zugrundelegung des kategorialen Indikators weisen die jungen Befragten der JuMiD-Studie ein vergleichbar hohes Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen auf (11.7 %) wie die jüngste Altersgruppe der MiD-Erhebung (12.6 %). Die jungen Männer und Frauen unterscheiden sich diesbezüglich ebenso wenig wie die jungen Befragten aus Ost- und Westdeutschland.

Sehr deutliche Unterschiede bestehen jedoch mit Blick auf die Bildung: Während nur 6.5 % der Befragten mit Abitur demokratiedistante Einstellungen ausweisen, beträgt diese Rate bei den jungen Befragten ohne Abitur mit 24.9 % fast das Vierfache ($\chi^2 = 237.8$, $df = 1$; $p < .001$).

⁸ Darunter werden hier Befragte eingeordnet, die eine zum Abitur führende Schule besuchen oder bereits ein Abitur gemacht haben.

Das Phänomen – das sich ebenfalls bereits in der MiD-Studie zeigte –, wonach die Ablehnung von Freiheits- und Gleichheitsrechten recht gering, die Ablehnung grundlegender Prinzipien der demokratischen Staatsorganisation und Verfasstheit jedoch vergleichsweise hoch ausfällt, zeigt sich auch in der JuMiD-Studie: Während von den jungen Befragten nur 1.8 % grundlegende Freiheitsrechte und nur 2.4 % grundlegende Gleichheitsrechte ablehnen, ist die Rate der Befragten, die demokratische konstitutionelle Prinzipien ablehnen, mit 9.1 % deutlich höher. Damit beruht die Demokratiedistanz auch bei den jungen Befragten in erster Linie auf der Ablehnung des Parlamentarismus, der Gewaltenteilung, von Oppositionsrechten und regelmäßigen Wahlen.

Insgesamt stützen diese Befunde der JuMiD-Studie die Ergebnisse der MiD-Erhebungen. Insoweit sind die hier getroffenen Feststellungen zur relevanten Rolle der erhöhten Ablehnung vor allem in Bezug auf demokratische Prozesse, wie sie in parlamentarischen Strukturen verankert sind, aus mehreren Quellen und über verschiedene Zugangswege mehrfach abgesichert.

Mögliche Hintergründe und Folgen der Zunahme demokratiedistanter Einstellungen: Befunde aus den Studien MiD und MiDInt

Die bis hierher präsentierten Ergebnisse des Monitorings der Verbreitung politisch extremismusaffiner Einstellungen und ihrer Veränderungen zwischen 2021 und 2022 zeigen, dass sich die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und neuen Herausforderungen, wie der Ukraine-Krieg, Flucht und Migration, aber auch wirtschaftliche Veränderungen, die Folgen des Klimawandels und die zusätzlich erforderlichen Anstrengungen zum Klimaschutz, in dieser Zeit nicht in einem allgemeinen Anstieg manifest rechtsextremer und islamistischer Einstellungen niedergeschlagen haben. Was aber deutlich erkennbar wurde, sind Anstiege der phänomenübergreifenden Demokratiedistanz. Weiter fällt auf, dass vor allem Skepsis und Ablehnung gegenüber demokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen und darin eingebetteten Entscheidungsprozessen in diesem einen Jahr gewachsen sind, während Freiheits- und Gleichheitsrechte umfassend

akzeptiert und befürwortet werden. Im Folgenden wird insoweit daran anschließend die Frage verfolgt, was hinter diesen Entwicklungen steht und welche Konsequenzen damit gegebenenfalls verbunden sein können.

Im Rahmen der MiD-Studien wurden – neben den Erhebungen von Rechts-Extremismus, Islamismus und Demokratiedistanz – auch allgemeinere Einstellungen zur Bewertung der Demokratie als Staatsform und dazu erhoben, inwieweit die Befragten der Ansicht sind, dass mithilfe der Demokratie die aktuellen Probleme gelöst werden könnten. Die darüber erzielten Ergebnisse geben erste Hinweise auf mögliche Hintergründe der Zunahmen von Demokratiedistanz.

Allgemeine Einstellungen zur Demokratie als Staatsform und ihrer Fähigkeit, aktuelle Probleme zu lösen

Im Vergleich der Daten der MiD-Studien aus den Jahren 2021 und 2022 zeigt sich, dass die Aussage, wonach die Demokratie „... immer noch die beste Staatsform“ sei, in beiden Wellen eine konstant hohe Zustimmung erfährt: Im Jahr 2021 stimmten dieser Aussage 85.1 % und im Jahr 2022 85.8 % der Befragten zu. Ein solches Ergebnis zeigt sich regelmäßig auch in anderen aktuellen Studien zur politischen Kultur und zur Demokratie (zum Beispiel Best et al., 2023; Decker et al., 2023; Pickel et al., 2022; in Bezug auf junge Menschen siehe auch Janzen & Ahrens, 2022).

Allerdings hat sich die Meinung der Befragten dazu, ob mit der Demokratie die Probleme gelöst werden können, „... die wir in Deutschland haben“ in der gleichen Zeit in eine ungünstige Richtung verändert: Im Jahr 2021 stimmten dieser Aussage noch 87.8 % der Befragten zu; im Jahr 2022 sank diese Rate um fast zehn Prozentpunkte auf 78.1 % ($\chi^2 = 145.6$, $df = 1$; $p < .001$).

Hier stellt sich die Frage, ob das gesunkene Vertrauen der Befragten in die Problemlösefähigkeit der Demokratie gegebenenfalls die in den MiD-Studien erkennbare Zunahme der Demokratiedistanz erklären kann. Diese Frage wurde im Rahmen logistischer Regressionsanalysen genauer in den Blick genommen.

In Modell 1 wird zunächst nur der Effekt der Erhebungswelle, das heißt die Veränderung zwischen 2021 und 2022 im Hinblick auf die Veränderung der Demokratiedistanz, statistisch geprüft. Dieser erweist sich als statistisch signifikant und demonstriert die oben bereits gezeigte Zunahme um zwei Prozentpunkte von 14.0 auf 16.0 %.

In Modell 2 wird geprüft, ob die bivariaten nachweisbaren Zusammenhänge der Demokratiedistanz mit soziodemografischen Merkmalen die Zunahme zwischen den Erhebungswellen zu erklären vermögen. Dies ist nicht der Fall: Der Unterschied der Raten der Demokratiedistanz zwischen den Erhebungswellen bleibt auch nach Kontrolle der Effekte soziodemografischer Merkmale weiter signifikant. Modell 2 zeigt, dass auch multivariat die Demokratiedistanz mit dem Alter zunimmt, dass Männer etwas geringere Raten aufweisen, dass es diesbezüglich keine West-Ost-Unterschiede gibt und dass Bildung in entscheidendem Maß reduzierend auf Demokratiedistanz wirkt ($OR = 3.90^{-1}$).

Wird in Modell 3 das Vertrauen der Bürger*innen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie eingeführt – gemessen als die Rate der Zustimmung zu der Aussage „*Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben.*“ –, wird deutlich, dass ein solches Vertrauen einen starken, die Wahrscheinlichkeit von Demokratiedistanz erheblich senkenden Effekt hat ($OR = 2.74^{-1}$). Die Berücksichtigung dieser subjektiven Sicht der Befragten führt dazu, dass der Effekt der Erhebungswelle auf die Demokratiedistanz, das heißt der Unterschied zwischen 2021 und 2022, nun nicht mehr signifikant ist. Anders gewendet: Die Zunahme der Demokratiedistanz zwischen 2021 und 2022 lässt sich also nach Kontrolle von soziodemografischen Daten vollständig damit erklären, dass das Vertrauen der Bürger*innen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie erheblich abgenommen hat.

Tabelle 4

Hierarchische logistische Regression demokratiedistanter Einstellungen auf Erhebungsjahr, Vertrauen in Problemlösefähigkeit der Demokratie und soziodemografische Merkmale (gewichtete Daten; MiD 2021 und MiD 2022)

	Modell 1	Modell 2	Modell3
Alter		1.01 ***	1.02 ***
Geschlecht (1=männlich)		1.11 ⁻¹ ***	1.28 ⁻¹
Bildung (1=Abitur)		4.35 ⁻¹ ***	3.90 ⁻¹ ***
Wohnort (1=Ost)		1.07	1.02
Problemlösefähigkeit der Demokratie (1=Zustimmung)			2.74 ⁻¹ ***
Erhebungsjahr (0=2021)	1.15 *	1.19 **	1.05
R ²	0.1%	10.0%	13.4%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios. Odds-Ratios <1 werden in Exponentialschreibweise dargestellt ($1/\exp b$). $p < .05 = *$; $p < .01 = **$; $p < .001 = ***$

Damit ist empirisch zwar gezeigt, dass die Bewertung der Problemlösefähigkeit der Demokratie die Zunahme der Demokratiedistanz zu erklären vermag. Offen bleibt jedoch noch, was eigentlich diese auf die Problemlösefähigkeit der Demokratie bezogene Skepsis der Bürger*innen auslöst. Schließlich hat sich die allgemeine Sicht der Befragten, wonach die Demokratie immer noch die beste Staatsform ist, zwischen 2021 und 2022 nicht signifikant verändert.

Hintergründe der Zweifel an der Problemlösefähigkeit der Demokratie und deren Verbindung mit Autokratieakzeptanz

Um dieser Frage weiter nachzugehen, wird im Folgenden auf Daten der dritten Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) zurückgegriffen. Diese Erhebung fand im April/Mai 2023 statt, also etwa 10 Monate nach dem Abschluss der Erhebungen der Studie MiD. Damit ist diese Erhebung aus MiDInt zeitlich aktueller und kann die Situation einbeziehen, die sich nach der weiteren Zuspitzung des Krieges in

der Ukraine für die Menschen in Deutschland im Jahr 2023 zeigt. Diese Erhebung aus MiDInt ist zudem auch jüngeren Datums, als die jüngste Bielefelder Mitte-Studie, deren Befragungen aus der Zeit von Januar/Februar 2023 stammen (vgl. dazu Faulbaum & Mokros, 2023, S. 35). D.h. auch politische Veränderungen, die sich seit Februar bis April 2023 ergeben haben, sind hier eingeflossen. In dieser im Rahmen von MiDInt online durchgeführten Befragung einer repräsentativen, quotierten Stichprobe auf Basis eines Online-Access-Panels wurden N = 3 426 erwachsene Personen im Alter ab 18 Jahren erreicht (für ausführliche Informationen zu Stichprobe und Erhebungsinstrument vgl. Richter et al., 2023).

Auch in der MiDInt-Studie wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie sehr sie den allgemeinen Aussagen zur Bewertung der Demokratie als Staatsform zustimmen und ihre Problemlösefähigkeit bewerten. Die überwiegende Mehrheit (70.9 %) stimmt der Aussage zu, dass die Demokratie immer noch die beste Staatsform sei. Der Aussage, dass mit der Demokratie die Probleme, die wir in Deutschland haben, gelöst werden können, stimmten hingegen nur 65.7 % zu. Eine völlige Zustimmung erklären nur 17.6 %; die anderen 48.1 % artikulieren mit „stimme eher zu“ eher eine etwas verhalten positive Haltung. Bei dem übrigen Drittel (34.3 %) der Befragten, die dieser Aussage – gar nicht oder eher – nicht zustimmen, bestehen in dieser Hinsicht jedoch erkennbare Zweifel und Skepsis.

Um näheren Aufschluss darüber zu gewinnen, welche Probleme die Befragten besonders beschäftigen, wurden ihnen insgesamt fünf aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderungen mit der Bitte vorgelegt, anzugeben inwieweit sie deswegen persönlich besorgt sind. Im Ergebnis zeigt sich, dass Besorgnisse aufgrund wirtschaftlicher Belastungen eine besonders große Rolle spielen. 61.7 % geben an, wegen möglicher weiterer Preisanstiege „sehr besorgt“ zu sein. Im Vergleich zu dieser ganz konkret erlebbaren Veränderung im Alltag sind große Sorgen (Anteil „sehr besorgt“) wegen einer allgemein ungünstigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft („*dass die Wirtschaft schrumpfen könnte*“) zwar auch, aber doch in geringerem Maße zu erkennen (28.1 %). Weitere große Sorgen betreffen das Ausmaß des Zuzugs von flüchtenden Menschen (44.8 %), die Folgen des Klimawandels (32.3 %) und dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte (24.4 %).

Mehr als die Hälfte (56.5 %) gibt an, in Bezug auf zwei oder mehr dieser aktuell bestehenden gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen sehr besorgt zu sein. Es findet sich diesbezüglich ein klarer Zusammenhang mit der Skepsis hinsichtlich der Problemlösefähigkeit unserer Demokratie: 39.9 % der Befragten, die in Bezug auf zwei oder mehr Herausforderungen starke Besorgnisse äußern, glauben nicht, dass die Demokratie zur Problemlösung geeignet ist. Sofern Personen sich wegen nur einer oder gar keiner der erfassten gesellschaftlichen Herausforderungen starke Sorgen machen, ist diese Rate mit 27.1 % ganz erheblich und statistisch signifikant niedriger.

Angesichts der hervorgehobenen Bedeutung der Sorgen wegen Preissteigerungen und Inflation wurde dieser Aspekt weiter vertieft und konkretisiert. Es wurde zusätzlich erfragt, für wie wahrscheinlich die Befragten es halten, dass auf sie ganz persönlich in den kommenden sechs Monaten relevante wirtschaftliche Einschränkungen im Bereich der Befriedigung existenzieller Grundbedürfnisse zukommen werden: 18.3 % geben an, es sei „wahrscheinlich“ beziehungsweise „sehr wahrscheinlich“, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren. 24 % gehen davon aus, ihre Miete und 34.9 % die Kosten für Heizungs- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen zu können. Über die Hälfte der Befragten (61.1 %) erwartet, sich beim Kauf von Grundnahrungsmitteln einschränken zu müssen.

Betrachtet man diese Angaben zu in nächster Zeit erwarteten, ganz persönlichen wirtschaftlichen Problemen im Zusammenhang mit der allgemeinen Bewertung der Demokratie, dann zeigt sich eine starke, statistisch signifikante Korrelation. Sofern Befragte keine oder maximal eine wirtschaftliche Einschränkung auf sich zukommen sehen, erachten sie zu 77.1 % die Demokratie für die beste Staatsform. Sofern sie jedoch zwei oder mehr dieser persönlichen Einschränkungen befürchten, ist das nur bei 60.8 % der Fall ($\chi^2 = 103.5$; $df = 1$; $p < .001$).

In ähnlicher Weise wird die Einschätzung der Befragten zur Problemlösefähigkeit der Demokratie vom Ausmaß der erwarteten persönlichen Betroffenheit durch wirtschaftliche Einschränkungen stark beeinflusst: So liegt die Rate derer, die davon ausgehen, dass wir mit der Demokratie die aktuellen Probleme lösen können, wenn keine oder maximal eine persönliche Einschränkung in nächster Zeit befürchtet wird bei 70.2 % im Vergleich zu nur 58.3 %, wenn zwei oder mehr Belastungen erwartet werden.

Die Zusammenhänge zwischen der Besorgnis aufgrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, den erwarteten ganz persönlichen Belastungen sowie dem Vertrauen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie einerseits und der Bewertung der Demokratie als beste Staatsform andererseits führen zu weiteren Anschlussfragen. So erscheint klärungsbedürftig, inwieweit vor diesem Hintergrund von den Betroffenen Alternativen zur parlamentarischen Demokratie gesucht werden, etwa unter der subjektiven Annahme, dass damit die aktuellen Herausforderungen besser zu bewältigen wären.

Zur weiteren Klärung dessen wurden den Befragten fünf Aussagen zur Autokratieakzeptanz unter Bezug auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen vorgelegt. Alle diese Aussagen enthalten Einschränkungen zentraler demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien unter Verweis auf „die aktuelle Lage“.

Mehr als die Hälfte der Befragten (54.3 %) stimmt der Ansicht zu, dass wir uns längere politische Debatten und Meinungsvielfalt – beides Kernelemente der Partizipation in einer funktionierenden Demokratie – „...*aktuell nicht leisten*“ können. 40.5 % sprechen sich dafür aus, dass der Bundestag im Interesse einer starken politischen Führung weniger Einfluss haben sollte. Damit äußert ein bemerkenswert hoher Anteil die Bereitschaft, zentrale Elemente der parlamentarischen Entscheidungsfindung und Kontrolle zugunsten einer starken Führung aufzugeben.

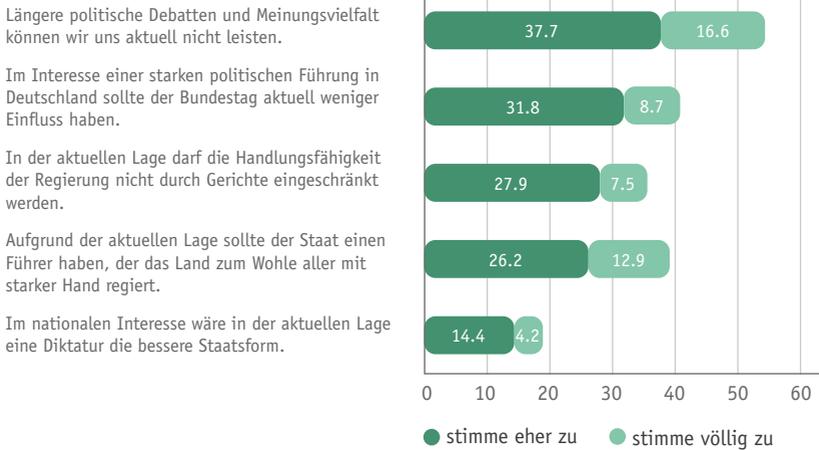


Abbildung 4: Skala Autokratieakzeptanz: Raten der abgestuften Zustimmung zu Einzelitems in Prozent (MiDInt Welle 3 – April/Mai 2023)

Mit 35.4 % erklärt etwas mehr als ein Drittel, dass in der aktuellen Lage die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden dürfe. Damit wird die Einschränkung der gerichtlichen Kontrolle der Exekutive und letztlich des Prinzips der Gewaltenteilung befürwortet, die ebenfalls ein Kernelement demokratischer Rechtsstaatlichkeit ist. 39.1% befürworten einen Führer, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert, was klare autoritäre Tendenzen erkennen lässt, und 18.6 % stimmen der Aussage zu, dass in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform wäre.

Fasst man diese Aussagen in einer Skala zusammen⁹ und betrachtet jene Befragte, die Werte über dem Skalenmittelpunkt aufweisen (>2.5), also den Aussagen insgesamt eher zustimmen und daher als „autokratieakzeptierend“ bezeichnet werden, zeigt sich, dass nahezu ein Drittel (31.5 %) der Stichprobe sich in dieser Weise zustimmend äußert.

Diese im Vergleich zur oben dargestellten Verbreitung von Demokratiedistanz oder Rechtsextremismus deutlich höhere Prävalenzrate der Autokratieakzeptanz deutet bereits darauf hin, dass es sich bei der Befürwortung solcher Ansichten nicht um ein „Randphänomen“ und nicht um eine nur bei rechtsextremen Personen verbreitete Einstellung handeln kann.

⁹ Die Angaben der Befragten reichen von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“. Aus diesen Angaben wurde eine Mittelwertskala gebildet, die sich als einfaktoriell erweist und eine zufriedenstellende interne Konsistenz aufweist ($\alpha = .78$). Der Mittelwert der Skala liegt bei $MW = 2.16$.

Ein Blick auf die Verteilung der Autokratieakzeptanz nach den auf die Sonntagsfrage hin gemachten Angaben der Befragten zeigt zwar, dass die Befürwortung autokratischer Strukturen bei Wähler*innen der AfD mit 51.0 % am stärksten ausgeprägt ist. Gleichzeitig ist aber auch zu konstatieren, dass bei Wähler*innen der Linken (26.4 %), der SPD (26.9 %) und der CDU/CSU (29.9 %) solche Einstellungen ebenfalls recht weit verbreitet sind. Signifikant niedrigere Raten finden sich nur bei Wähler*innen der FDP (20.9 %) und jenen von Bündnis 90/Die Grünen (14.8 %). Insoweit handelt es sich also ganz offensichtlich um ein Problem, das sich nicht nur am politischen Rand findet. Ähnliche Befunde finden sich auch in der jüngsten Mitte-Studie (vgl. Küpper, Sandal-Önal & Zick, 2023).

Das Ausmaß der Autokratieakzeptanz ist zudem stark davon abhängig, in welchem Maße die Befragten im Verlauf der kommenden sechs Monate die oben bereits dargestellten wirtschaftlichen Einschränkungen in ihrem ganz persönlichen Lebensbereich erwarten (vgl. Abbildung 5): Befragte, die keine Einschränkungen erwarten weisen mit 21.5 % eine weitaus geringere Rate der Autokratieakzeptanz auf als Personen, die vermuten, von solchen Einschränkungen in mindestens zwei Bereichen betroffen zu werden – hier liegt die Zustimmung bereits bei 37.4 %, also deutlich über dem Durchschnitt von 31.5 %. Von den Befragten, die in allen vier Bereichen Einschränkungen antizipieren, befürwortet mehr als die Hälfte (55.9 %) autokratische Strukturen.

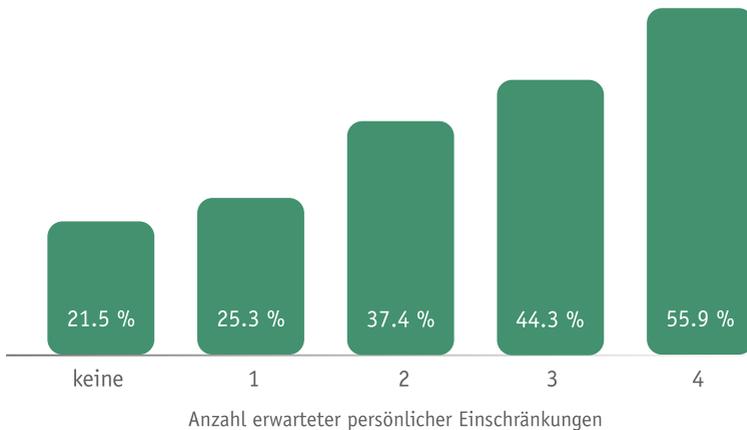


Abbildung 5: Raten der Autokratieakzeptanz in Abhängigkeit von der Anzahl erwarteter persönlicher wirtschaftlicher Einschränkungen (MiDInt Welle 3 – April/Mai 2023)

Gleichzeitig ist bei Autokratie akzeptierenden Personen die Rate derer, die sich positiv zur Problemlösefähigkeit der Demokratie äußern, deutlich niedriger (49.3 %) im Vergleich zu Personen, die nicht als autokratieakzeptierend einzustufen sind (73.2 %).

Führt man die hier betrachteten Faktoren in einer logistischen Regression zusammen und untersucht, welche Faktoren in welchem Ausmaß dazu beitragen, dass die Befragten autokratische Strukturen befürworten, wird deutlich, dass von den soziodemografischen Merkmalen, die in diese Analyse einbezogen wurden, die Bildung – hier in Form des Abiturs – einen recht starken Effekt aufweist: Befragte mit Abitur befürworten autokratische Strukturen deutlich seltener als Befragte ohne Abitur ($OR = 1.90^{-1}$, vgl. Tabelle 5).

Weiter ist zu erkennen, dass – anders als bei den Ergebnissen zur Demokratiedistanz – Menschen aus Ostdeutschland ein höheres Maß an Autokratieakzeptanz aufweisen als Befragte, die in Westdeutschland leben.¹⁰ Zudem findet sich bei Befragten, die von Sozialhilfeleistungen abhängig sind – auch nach statistischer Kontrolle der anderen soziodemografischen Faktoren –, eine signifikant höhere Autokratieakzeptanz als bei Personen, die nicht auf solche staatlichen Leistungen angewiesen sind.

Bezieht man in Modell 2 die Anzahl der erwarteten persönlichen wirtschaftlichen Einschränkungen in die Analyse ein, verliert der Sozialhilfebezug seinen Effekt. Es zeigt sich, dass mit jeder zusätzlich erwarteten persönlichen wirtschaftlichen Einschränkung die Rate der Autokratieakzeptanz signifikant wächst.

Dieser Effekt bleibt auch bestehen, wenn in Modell 3 auch das Vertrauen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie kontrolliert wird. Dieses Vertrauen hat zwar selbst einen relativ starken Effekt ($OR = 2.45^{-1}$), führt jedoch nicht dazu, dass das Ausmaß erwarteter wirtschaftlicher Einschränkungen gänzlich seine Bedeutung verliert. Es deutet sich indessen eine partielle

¹⁰ Eine weitergehende, hier nicht dargestellte Analyse zeigt diesbezüglich, dass dieser Effekt weniger auf den Wohnort der Befragten hinweist, sondern davon abhängt, ob die Befragten im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR lebten, also eher auf entsprechende Sozialisationserfahrungen zu Zeiten der DDR sowie auf ökonomische Nachteile, die auch über mehrere Generationen hinweg mit einem Aufwachsen in der DDR verbunden sind (vgl. dazu Brettfeld, 2023).

Mediation an, das heißt, die Effekte der in der näheren Zukunft erwarteten persönlichen wirtschaftlichen Einschränkungen auf Autokratieakzeptanz werden über die Reduzierung des Vertrauens in die Problemlösefähigkeit der Demokratie teilweise vermittelt.

Tabelle 5

Logistische Regression der Autokratieakzeptanz (% Skalenwert >2.5) auf Anzahl erwarteter persönlicher wirtschaftlicher Einschränkungen und Grad des Vertrauens in die Problemlösefähigkeiten der Demokratie unter Kontrolle soziodemografischer Variablen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht (1=männlich)	1.09 ⁻¹	1.04 ⁻¹	1.02
Alter (0=18 bis unter 40 J.)			
40 bis unter 60 J.	1.12 ⁻¹	1.06 ⁻¹	1.08 ⁻¹
60 J. und älter	1.28 ⁻¹ *	1.10 ⁻¹	1.07 ⁻¹
Bildung (1=Abitur)	1.90 ⁻¹ ***	1.75 ⁻¹ ***	1.56 ⁻¹ ***
Wohnort (1=Ostdeutschland)	1.67 ***	1.55 ***	1.41 ***
Sozialhilfebezug (1=Ja)	1.25 *	1.01	1.03
Anzahl erwarteter Einschränkungen (Referenz=0)			
eine		1.19	1.12
zwei		2.00 ***	1.82 ***
drei		2.63 ***	2.43 ***
vier		4.22 ***	4.01 ***
Vertrauen in Problemlösefähigkeit der Demokratie			2.45 ⁻¹ ***
R²	4.1%	10.5%	15.2%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios. Odds-Ratios <1 werden in Exponentialschreibweise dargestellt (1/exp b). p<.05 = *; p<.01 = **; p<.001 = ***

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass Ursachen für eine Hinwendung zu autokratischen Strukturen – die mit einer Abkehr von grundlegenden Prinzipien der demokratischen Verfasstheit unseres Staates verbunden sind – auch in den subjektiv erwarteten persönlichen, wirtschaftlichen Belastungen liegen, die wesentliche Lebensbereiche der Bürger*innen betreffen, ferner in einer Kumulation von Besorgnissen angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und dem damit verbundenen Vertrauensverlust in die Problemlösefähigkeit der Demokratie.

Zusammenfassung und erste Folgerungen

Im Rahmen des Monitorings der Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen zeigen die Ergebnisse der 2021 und 2022 durchgeführten repräsentativen Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung, dass in dieser Zeit keine nennenswerten, statistisch signifikanten Zunahmen im Bereich eindeutig rechtsextremer Einstellungen stattgefunden haben. Im Einklang mit anderen aktuellen Umfragestudien aus Deutschland ist weiter festzustellen, dass ein relativ stabiles Potenzial von etwa 4 % eindeutig rechtsextrem eingestellter Personen in der erwachsenen Wohnbevölkerung existiert. Neben solchen manifest rechtsextrem eingestellten Personen ist ein relevantes Potenzial in der Größenordnung von etwa einem weiteren Fünftel (21.2 %) der Bevölkerung zu identifizieren, bei dem eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut vorliegt. Auch in dieser Hinsicht hat es in der Zeit zwischen 2021 und 2022 keine relevanten Veränderungen gegeben.

Etwas Vergleichbares, wenn auch in anderen Größenordnungen, ist in Bezug auf islamistische Einstellungen zu erkennen. Hier findet sich in der muslimischen Wohnbevölkerung im Jahr 2022 ein Anteil von 8.2 % eindeutig islamistisch eingestellter Personen. Dies unterscheidet sich von der Rate im Jahr 2021 (9.3 %) nicht signifikant. Eine Differenzierung zwischen West und Ost zeigt allerdings, dass im Osten Rückgänge erkennbar sind, während im Westen die Raten nahezu konstant bleiben. Eine signifikante Zunahme (von 20.0 % auf 26.1 %) findet sich im Bereich der Offenheit für derartige Denkweisen, wobei diese Zunahmen nur im Westen Deutschlands stattgefunden haben. Im Osten sind eher Rückgänge zu konstatieren.

Besonders relevante Veränderungen haben sich phänomenübergreifend im Bereich demokratiedistanter Einstellungen ergeben: Hier findet sich für Deutschland insgesamt ein signifikanter Anstieg von 14 % auf 16 %. Dabei gründen sich diese Haltungen nicht auf eine Ablehnung fundamentaler Gleichheits- und Freiheitsrechte. Deren Akzeptanz ist ohnehin enorm hoch und erfuhr im Jahr 2022 in der Tendenz sogar noch eine Steigerung. Was vermehrt in Frage gestellt und in Teilen abgelehnt wird, sind grundlegende Prinzipien demokratischer Strukturen, das heißt das System wechselseitiger Kontrolle und der Absicherung der Möglichkeit kontroverser Debatten.

Zwar wird die Demokratie ganz allgemein von der weit überwiegenden Mehrheit immer noch für die beste Staatsform gehalten. Eine relevante Minderheit zweifelt allerdings daran, dass die Demokratie aktuell noch in der Lage ist, die Probleme zu lösen, mit denen wir in Deutschland konfrontiert sind. Diese Skepsis gegenüber der Problemlösefähigkeit der Demokratie ist zwischen 2021 und 2022 deutlich angestiegen.

Die im Jahr 2023 - in Kooperation mit dem GIGA - durchgeführten Befragungen im Rahmen der Studie MiDInt ergänzen diese Befunde weiter dahin gehend, dass aktuell ein recht hoher Anteil der Bevölkerung (etwa ein Drittel) bereit ist, angesichts der gegenwärtigen Probleme und Belastungen auf wichtige Prinzipien demokratischer Rechtsstaatlichkeit zugunsten autoritär strukturierter Prozesse zu verzichten. Derartige Tendenzen lassen sich in der gesamten Breite des parteipolitischen Spektrums in relevantem Ausmaß erkennen.

Die vorgelegten Analysen zeigen, dass sich im Zuge der aktuellen Konfrontation mit gesellschaftlichen Herausforderungen - darunter vor allem auch wirtschaftliche Belastungen und damit assoziierte Bedrohungswahrnehmungen im Bereich der Befriedigung von Grundbedürfnissen - erhebliche Zweifel an der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Demokratie bei einer doch recht großen, relevanten Minderheit der Bevölkerung verbreitet haben. Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist bereit, in der heutigen Lage autokratische Strukturen zu akzeptieren, die anscheinend als effizienter und in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen als effektiver erachtet werden.

Hier zeigt sich eine Offenheit für dysfunktionale Bewältigungsformen in einer Situation der Kumulation gesellschaftlicher Herausforderungen, die vor allem bei jenen Personen zu erkennen ist, die sich mit erheblichen individuellen Belastungen konfrontiert sehen und sich dadurch auch überlastet und bedroht fühlen. Diese können von antidemokratischen Kräften zur Mobilisierung und Rekrutierung von Anhängern genutzt werden (vgl. Wetzels et al., 2023). Entsprechende Organisationen und Personengruppen aus dem rechten Spektrum setzen jedenfalls - wie die jüngsten Wahlkämpfe auf Ebene von Ländern und Kommunen zeigen - genau an diesem Punkt an, indem sie die Funktionsfähigkeit freiheitlich und rechtsstaatlich geprägter Prozesse in Frage stellen und den Bürger*innen vermeintliche

Lösungen anbieten, die mit autoritären Maßnahmen, darunter auch mit Intoleranz und Ausgrenzung von Teilgruppen (Geflüchteten, Asylbewerber*innen oder generell Migrant*innen), verbunden sind. Die jüngsten Erfolge der AfD auf der Ebene von Kommunen, aber auch bei Landtagswahlen sowie deren zunehmende Akzeptanz bei Meinungsumfragen unterstreichen diesen Befund (vgl. infratest dimap, 2023).

Die Ergebnisse unserer bislang im Rahmen des Einstellungsmonitorings durchgeführten Erhebungen in den Studien MiD, JuMiD und MidInt zeigen in der Summe, dass unter der erwachsenen Bevölkerung das Potenzial der durch entsprechende Agitationen möglicherweise erreichbaren Personen bei etwa einem Drittel liegen dürfte (siehe auch Richter et al. in diesem Band). Hier ist eine große Herausforderung sowohl für Extremismusprävention als auch insbesondere für die damit verbundene politische Bildung zu erkennen (vgl. dazu unter anderem Brettfeld, 2023).

Die vorliegenden Befunde stimmen recht gut mit den Ergebnissen anderer Studien überein, die eine seit längerer Zeit voranschreitende Tendenz des zunehmenden Verlustes der Akzeptanz wesentlicher Kernmerkmale eines liberalen, von Toleranz geprägten demokratischen Rechtsstaates beobachten (Best et al., 2023; Reiser et al., 2023; Decker, Kies & Brähler, 2023; Zick, Küpper & Mokros, 2023). Diese Entwicklungen spitzen sich im Kontext des Ukraine-Krieges und damit verbundener wirtschaftlicher wie politischer Veränderungen offenbar derzeit weiter zu. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in einer Reihe unserer europäischen Nachbarländer, wie Polen, Italien oder Ungarn, aber auch in Frankreich oder den Niederlanden zeigen sich vergleichbare Entwicklungen (Borbáth, Hutter & Leininger, 2023). Dies ist in globaler Perspektive gleichfalls zu erkennen (vgl. Hartmann & Thiery, 2022).

Auffallend sind damit regelmäßig verbundene Anstiege ablehnender und intoleranter Haltungen gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten. Die von solchen Ausgrenzungen und Vorurteilen Betroffenen reagieren darauf auch ihrerseits: Solche Formen von Intoleranz, Feindseligkeit und Abwertung schlagen sich auf der Individualebene unter anderem in emotionalen Zuständen nieder, darunter neben Enttäuschung und Rückzug auch Wut und aggressive Impulse. Emotionen sind insoweit zentrale Transmissionsriemen von hoher politischer Relevanz (vgl. Illouz, 2023; siehe dazu

auch auf Basis der MiD-Studien ermittelte Befunde von Endtricht, 2023). Politische Radikalisierungsprozesse in Richtung vermehrter Akzeptanz autoritärer staatlicher Strukturen und damit einhergehende Zunahmen der sozialen Ausgrenzung von vermeintlichen Fremdgruppen und Minderheiten können so über starke emotionale Reaktionen Spiralen sich wechselseitig verstärkender Eskalationen erzeugen (vgl. Pickel, 2023, S. 151).

→ MODULÜBERGREIFENDE PERSPEKTIVE

Umfrageexperiment:

Verschwörungstheorien führen zur Fremdenfeindlichkeit (Universität Hamburg und WZB)

Krisen wie Kriege, Wirtschaftskrisen und Pandemien prägen weltweit das Leben von Menschen. Die damit einhergehende Unsicherheit führt dazu, dass Menschen versuchen, Sinn in den Geschehnissen zu finden und Kontrolle über die Situation zu gewinnen. Im Rahmen dessen können Verschwörungstheorien relevant werden, die auf der Suche nach Sicherheit und Gewissheit einen Ankerpunkt liefern (Douglas 2021). In solchen Theorien werden Schuldige präsentiert, die vermeintlich zur aktuellen Situation beitragen und dabei eigene, geheime Ziele verfolgen. Dementsprechend können Feindseligkeiten gegen auf diese Weise in den Fokus geratene Fremdgruppen als Bewältigungsmechanismus eigener Verunsicherung gesehen werden. Internationale Studien bestätigen, dass besonders in Krisenzeiten viele Menschen in westlichen Ländern an Verschwörungstheorien glauben (z. B. van Prooijen & Douglas, 2018, Roose, 2021, Oliver & Wood, 2014).

Die gemeinsam von den MOTRA-Projektpartnern Universität Hamburg und WZB durchgeführte Studie untersucht vor diesem Hintergrund, ob die Konfrontation mit Krisenszenarien Befragte dazu veranlasst, Fremdgruppen negativer zu bewerten. Zu diesem Zweck führten wir ein randomisiertes, faktorielles Umfrageexperiment mit drei Experimental- und einer Kontrollgruppe durch. Die für das Umfrageexperiment verwendeten Daten (N=4.483) stammen aus der repräsentativen Bevölkerungsbefragung "Menschen in Deutschland 2021", die im Rahmen des MOTRA-Projekts von der Universität Hamburg durchgeführt wurde (Brettfeld et al. 2021; Endtricht et al. 2021). Im Experiment wurden den Befragten kurze Schilderungen von drei Krisensituationen (Gesundheitskrisen, Wirtschaftskrisen, Kriege) präsentiert, in denen auf ein mögliches Ausnutzen

solcher Krisen durch bestimmte soziale Akteure hingewiesen wurde. Nach der Präsentation des jeweiligen Szenarios wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie glaubten, dass "bestimmte Gruppen" für die jeweilige Krise verantwortlich seien. Die Kontrollgruppe erhielt weder ein Krisenszenario noch diese Frage. Nach der Präsentation des verschwörungstheoretischen Rahmens der sozialen Krisen wurde die Einstellung der Befragten gegenüber einer Reihe relevanter Fremdgruppen gemessen. Hierfür konnten die Befragten auf einem Gefühls-thermometer von 0 (sehr negativ) bis 10 (sehr positiv) angeben, wie sie den jeweiligen Gruppen gegenüberstehen. Es wurden Einstellungen gegenüber US-Amerikanern, Chinesen, Russen, Juden und Flüchtlingen erfragt, da diese Gruppen in vorherigen Studien als besonders anfällig für Beschuldigungen im Rahmen von Verschwörungstheorien identifiziert wurden (Nera et al., 2021).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Konfrontation mit Krisensituationen dazu führt, dass Befragte die genannten Fremdgruppen signifikant negativer wahrnehmen als Personen, die nicht mit einer Krise konfrontiert wurden. Dies ist in besonderem Maße bei Kriegen der Fall. Zudem erhöht der Glaube an Verschwörungstheorien im Kontext der präsentierten Krisenszenarien die negative Bewertung dieser Gruppen weiter. Unsere Ergebnisse bestätigen somit, dass schon das kurze Hervorrufen von Verschwörungsgedanken im Kontext von Krisensituationen die Bewertung von Fremdgruppen negativ beeinflussen kann. Es ist daher davon auszugehen, dass die Auswirkungen, die wir in unserer Studie feststellen konnten, im alltäglichen gesellschaftlichen Leben noch stärker sind, da Menschen oft langanhaltend, z. B. im medialen Kontext, Verschwörungstheorien ausgesetzt sind.

Angesichts national wie weltweit drängender Herausforderungen, die im Gefolge von Pandemie, Krieg, Klimawandel, Migration sowie Flucht und beschleunigtem technologischen Wandel gegenwärtig in großer Zahl kumulieren und auch in Deutschland zeitlich parallel auftreten, werden individuelle subjektive Bedrohungs- und Belastungswahrnehmungen stärker und erfassen zunehmend mehr Personen (vgl. Wetzels et al., 2023). Dies trägt zu vermehrten Forderungen nach Aus- und Abgrenzung aber auch nach einem starken Staat und autoritärer Führung bei. Darauf reagieren rechtsextreme Organisationen und Agitator*innen. Darin reihen sich zum

Beispiel auf politischer Ebene in jüngster Zeit vorgebrachte Forderungen der AfD nach Etablierung einer „Festung Europa“ zur Abwehr „Fremder“ und zum „Schutz der Heimat“ ein. Dies wird gekoppelt mit Bestrebungen nach Rückzug aus internationalen Verpflichtungen und Kooperationen und nach nationalen Alleingängen. Weiter sind aus dieser Ecke Rufe nach verschärften Strafen gegenüber Fremdgruppen, Forderungen nach vermehrten Abschiebungen und Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zu vernehmen. Solche Parolen, die sich gegen vermeintlich gefährliche Andere richten und Handlungsbereitschaft, Stärke und Problemlösefähigkeit sowie die konsequente Durchsetzung nationaler Eigeninteressen suggerieren, prägten die jüngsten Wahlkämpfe auf Landes- und Kommunalebene recht deutlich. Sie fielen in einigen Bundesländern und Kommunen offenkundig in einem von vielen so nicht erwarteten und auch für bedenklich erachteten Umfang auf fruchtbaren Boden. Auch das unterstreicht nochmals nachdrücklich, welch gefährliches Potenzial im Bereich der hier empirisch aufgezeigten wachsenden Autokratieakzeptanz zu sehen ist, die zwar noch nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen ist, gleichwohl aber angesichts der davon ausgehenden Dynamiken in diese Richtung wirkt. Dies sollte Anlass sein, in umfassende und zielgerichtete Maßnahmen der Prävention zu investieren mit dem Ziel der nachhaltigen Absicherung grundlegender Elemente der Demokratie.

Literatur

- Best, V., Decker, F., Fischer, S. & Küppers, A. (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen von www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie
- Borbáth, E., Hutter, S. & Leininger, A. (2023). Cleavage politics, polarisation and participation in Western Europe. *West European Politics* 46 (4), 631–651.
- Brettfeld, K. (2023). Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen. *Bürger & Staat*, 73 (1/2), 165–173. <https://www.buergerundstaat.de/>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2021). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments. *MOTRA-Forschungsbericht No. 1* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld. In: U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*, (S. 100–129). Wiesbaden: MOTRA.
- Decker, O., Brähler, E. (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Realität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Brähler, E. (Hrsg.) (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Leipziger-Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kies, J. & Brähler, E. (2023). *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. EFBI-Police-Paper 2023/2*. Leipzig: Else Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig. Abgerufen von <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html>
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – Alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: FES.
- Douglas, K. M. (2021). COVID-19 conspiracy theories. *Group Processes & Intergroup Relations*, 24(2), 270–275.
- Endtricht, R. (2023). Politische Gewaltakzeptanz als Folge von Ausgrenzungserlebnissen und negativen Emotionen bei Angehörigen der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. *Rechtspsychologie*, 9 (3), 319–345. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2023-3-319>
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. *MOTRA-Forschungsbericht No. 2* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>

- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2022). Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022. *MOTRA-Forschungsbericht No. 5* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K., Endtricht, R., Kleinschnittger, J. & Wetzels, P. (2023). Demokratiedistanz, extremismusaffine Einstellungen, Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland 2022. *MOTRA-Forschungsbericht No. 10* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.13176>
- Faulbaum, F., Mokros, N. (2023). Die empirische Grundlage der Mitte-Studie 2022/23 – Methodik und Design. In A. Zick, B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 35–51). Bonn : Dietz.
- Fischer, J. M. K., Wetzels, P. (2023). Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. *Rechtspsychologie*, 9 (3), 346–381. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2023-3-346>
- Fischer, J. M. K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 6* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Hartmann, H., Thiery, P. (2022). *Globale Ergebnisse BTI 2022*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Abgerufen von https://bti-project.org/fileadmin/api/content/de/downloads/BTI_2022_Globale_Ergebnisse_DE.pdf
- Illouz, E. (2023). *Undemokratische Emotionen*. Berlin: Suhrkamp.
- Infratest-dimap (2023). *Sonntagsfrage Bundestagswahl vom 21.07.2023*. Abgerufen von <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage>
- Janzen, O., Ahrens, P. A. (2022). Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit unter jungen Menschen in Deutschland: Eine Frage der religiösen Selbstverortung? *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6, 463–490. <https://doi.org/10.1007/s41682-022-00129-w>
- Kleinschnittger, J., Farren, D., Brettfeld, K., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023). *MOTRA-Forschungsbericht No. 8* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836>
- Küpper, B., Sandal-Önal, E. & Zick, A. (2023). Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In A. Zick, B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 91–136). Bonn: Dietz.
- Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In A. Zick, B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 75–111). Bonn: Dietz.
- Nera, K., Wagner-Egger, P., Bertin, P., Douglas, K. M., & Klein, O. (2021). A power-challenging theory of society, or a conservative mindset? Upward and downward conspiracy theories as ideologically distinct beliefs. *European Journal of Social Psychology*, 51(4-5), 740–757.

- Pickel, S. (2023). Spielen auf der Außenbahn des Feldes der Demokratie – Gravitationszentren politisch-ideologischer, religiöser und weltanschaulicher Radikalisierung. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. M. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 147–177). Wiesbaden: Springer VS.
- Oliver, J. E., Wood, T. J. (2014). Conspiracy Theories and the Paranoid Style(s) of Mass Opinion. *American Journal of Political Science*, 58(4), 952–966.
- Pickel, S., Pickel, G., Gittner, N., Celik, K. & Kies, J. (2022). Demokratie und politische Kultur. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken und in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen. Leipziger Autoritarismusstudie 2022* (S. 185–207). Gießen: Psychosozial-Verlag. Abgerufen von https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf
- Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2023). *Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022*. Abgerufen von: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/thueringen-monitor/tm2022-lang-bf.pdf>
- Richter, T., Brettfeld, K., Wetzels, P., Kleinschnittger, J. & Farren, D. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023). *MOTRA-Forschungsbericht No. 9* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>
- Roose, J. (2021). *They are everywhere. A Representative Survey on Conspiracy Theories*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- van Prooijen, J.-W., Douglas, K. M. (2017). Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. *Memory Studies*, 10(3), 323–333.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Farren, D., Richter, T. & Kleinschnittger, J. (2023). Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation. Einstellungen zu Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 07/23*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt. <https://doi.org/10.57671/motra-2023007>
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J. M. K. & Farren, D. (2022a). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 72–103). Wiesbaden: MOTRA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J. M. K. (2022b). Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021. *MOTRA-Forschungsbericht No. 4* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn: Dietz.